

GPK sollen gestärkt werden

Motion zum Gemeindegesetz

Liestal. Die Tätigkeiten der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) in den Gemeinden sollen nicht mehr unnötig eingeschränkt werden. Mit einer Motion im Landrat verlangt Hanspeter Weibel (SVP, Bottmingen), dass der entsprechende Absatz im Gemeindegesetz angepasst wird.

In mehreren Baselbieter Gemeinden sind in der Vergangenheit die Geschäftsprüfungskommissionen an der Kontrolle einzelner Geschäfte gehindert worden. Schuld daran sind die im heutigen Gemeindegesetz verankerten Einschränkungen der Kontrolltätigkeit. Strittig ist insbesondere, ob noch nicht abgeschlossene Geschäfte von einer Kontrolle ausgenommen werden sollen, und ob Geschäfte auch auf die individuelle Richtigkeit des Vollzugs untersucht werden dürfen. Weibel möchte, dass das Gemeindegesetz keinen Interpretationsspielraum mehr offen lässt.

«Es ist wenig sinnvoll, wenn etwa ein Baugeschäft erst geprüft werden kann, wenn mehrere Monate oder gar Jahre später die Endabrechnung vorliegt, wie dies eine enge Auslegung des heutigen Gesetzes ermöglicht», meint Weibel zur BaZ. Eine GPK, die genau hinschaue, sei von den Gemeindebehörden nicht immer gerne gesehen.

Weibel ist GPK-Präsident in Bottmingen, wo es in der Vergangenheit Konflikte zwischen dem Gemeinderat und der GPK gegeben hat. Auch in Pratteln wurden der GPK Einsichten in Dokumente verweigert. Weibel schlägt deshalb eine klare Formulierung im Gesetz vor: «Die GPK prüft, ob die Rechtsnormen generell richtig angewendet und die Gemeindeversammlungsbeschlüsse ordnungsgemäss vollzogen werden oder worden sind.» td

Eine komplizierte Dreiecksgeschichte

Vater und Freund einer Minderjährigen vor dem Strafgericht

Von Alexander Müller

Muttenz. Ende Juni 2011 wurde die familiäre Situation von Roman Zollinger* noch komplizierter, als sie ohnehin schon war. Der Buschauffeur aus dem Baselbiet besuchte mit seiner damals 14-jährigen Tochter Lena* ein Truckerfestival in Interlaken. Dort lernte das Mädchen den damals 25-jährigen Lastwagenchauffeur Sandro Münger* kennen – und verliebte sich sofort in ihn.

Die Jugendliche lebte bereits seit einiger Zeit beim Vater. Bei der Scheidung der Eltern wurde das Sorgerecht für Lena und ihre Schwester zwar der Mutter zugesprochen. Die 14-Jährige hielt es jedoch bei der Mutter nicht aus und drängte darauf, zum Vater zu ziehen, was diesen vor Probleme stellte: Sein 100-Prozent-Pensum liess keine Rundumbetreuung seiner Tochter zu. Wenn er Nachtschicht hatte, übernachtete das Mädchen jeweils bei einer Nachbarin. Immer wieder musste er sie zudem alleine lassen.

Einige Wochen vor dem verhängnisvollen Ausflug an das Truckerfestival erlitt Zollinger einen Herzinfarkt. Nach drei Wochen Spitalaufenthalt war er nun für ein halbes Jahr krankgeschrieben. Nur wenige Tage nach dem Kennenlernen quartierte die minderjährige Tochter ihren Freund bei sich ein, wo er fortan wohnen sollte. Zollinger war nicht wirklich begeistert, sagte er gestern vor der Dreierkammer des Strafgerichts. Trotzdem erfüllte er der quengelnden Tochter ihren Wunsch. Fortan

führte das Liebespaar eine Beziehung, sichtbar für alle, wie Münger vor Gericht sagte. Das Paar hatte regelmässig Sex, was für das Gericht unter dem Vorsitz von Irène Laeuchli der Grund war, sich mit der Geschichte von Familie Zollinger auseinanderzusetzen.

Angeklagt war nicht nur der Freund der Tochter, sondern auch der Vater. Ihm wird Gehilfenschaft zu mehreren sexuellen Handlungen mit einem Kind sowie die Vernachlässigung der Erziehungs- und Fürsorgepflichten vorgeworfen. Zudem soll er seine Tochter verprügelt haben: Staatsanwältin Claudia Conrad spricht sogar von Faustschlägen, die Zollinger eingesetzt haben soll, um seine pubertierende Tochter zu disziplinieren. Der heute 48-Jährige bestritt dies vehement, gab aber Schläge mit der flachen Hand auf das Hinterteil seiner Tochter zu. Er gab zu, dass er mit der Erziehung überfordert war.

In einem Heim platziert

Dass seine Tochter und ihr Freund Sex hatten, wollte er während Monaten nicht gemerkt haben, obwohl er mehrheitlich zu Hause war. Im Spätherbst 2011 zügelten die drei zusammen in ein Einfamilienhaus im Oberbaselbiet, wo noch ein weiterer Kollege von Zollinger wohnte. Dieser hatte im Keller eine gut sortierte Bar, aus der sich die Tochter bediente. Auch davon wollte der Vater nichts mitbekommen haben.

Gegen Jahresende wurde er vom Mitbewohner darauf hingewiesen, dass der 25-Jährige mit seiner minderjähri-

gen Tochter Sex hatte. Nach einer kurzen Aussprache habe ihn der Vater aus dem Haus geworfen. Zu dieser Zeit bekamen auch die Behörden von der Geschichte Wind: Die 14-Jährige wurde in einem Heim platziert, und gegen Zollinger und Münger Anklage erhoben. Münger, der später in die Innerschweiz zügelte, wurde von der Vormundschaftsbehörde zudem ein missverständlich formuliertes Kontaktverbot auferlegt. Auf Drängen der 14-Jährigen kam es dennoch zu weiteren Treffen.

Tochter wieder zurück beim Vater

Vier quälend lange Jahre sind vergangen. Lena Zollinger hat die Situation und die Anklage gegen ihren Vater und gegen ihren damaligen Freund stark belastet. Inzwischen ist sie volljährig und wohnt wieder bei ihrem Vater. Der Kontakt zu Münger ist abgebrochen. Die Genugtuungs- und Schadenersatzforderung gegen Münger und ihren Vater, die eine Opferanwältin gegen ihren Willen eingereicht hatte, hat Zollinger noch während der Hauptverhandlung zurückgezogen.

Den Angeklagten drohen längere Gefängnisstrafen: Die Staatsanwältin fordert für Zollinger 16 Monate und für Münger 15 Monate, beide allerdings bedingt. Der Anwalt von Zollinger plädiert auf einen Freispruch. Er sieht die Vorwürfe nicht genügend nachgewiesen. Müngers Anwalt hält zehn Monate für seinen Mandanten angemessen. Das Urteil wird am Mittwoch eröffnet.

*Namen geändert.

Gartenpacht verdoppelt

Muttenzer Schrebergärtner müssen mehr zahlen

Von Christian Horisberger

Muttenz. Da reibt man sich erst mal ungläubig die Augen: Die Gemeinde Muttenz verdoppelt ab 2016 die Pachtzinsen für die gemeindeeigenen Familiengärten. Zudem wird neu eine Wassergebühr erhoben. Der Gemeinderat begründet den Preisanstieg in einer Mitteilung mit Investitionen in die Infrastruktur. «Wir werden Zäune, Wege, Wasserleitungen erneuern», präzisiert Patricia Enzmann, Leiterin der Abteilung Umwelt der Muttenzer Verwaltung. Aus diesem Grund habe man die Kosten, die der Gemeinde durch die Gärten entstehen, mit den Einnahmen verglichen. «Es zeigte sich, dass die Kosten nur zu einem Viertel gedeckt sind und der Zins seit mindestens zehn Jahren unverändert geblieben ist.»

Allerdings: Für einen 100-Quadratmeter-Garten verlangt die Gemeinde selbst mit der Verdoppelung lediglich 70 Franken – pro Jahr. Mit der Preiserhöhung lasse sich immerhin ein Kostendeckungsgrad von 50 Prozent erreichen, erklärt Enzmann. Die zweite Hälfte ist mit Steuern finanziert.

Die Pächter der Gärten wurden laut der Umweltverantwortlichen vor einem Monat über die neuen Pachtzinsen sowie über die jährliche Wasserpauschale von zehn Franken und eine einmalige Kautions von 300 Franken informiert. Der grosse Aufschrei ist ausgeblieben. Einige Pächter hätten den Preisaufschlag zum Anlass genommen, sich von ihrem Garten zu trennen, andere hätten verlängert.

Um die Abgänge zu kompensieren, will die Gemeinde neu Gemeinschaftsgärten für zehn bis 15 Personen anbieten. Diese bestehen aus gemeinschaftlich genutzten Flächen (Kompost, Sitzplatz mit Werkzeugkiste) und Kleinstgärten, womit sich der finanzielle und zeitliche Aufwand für den Einzelnen verringere. Die neuen Bewirtschaftungsformen sollen die Gärten für ein breiteres Publikum, eventuell auch Kindergärten oder Seniorengruppen attraktiv machen, erklärt Enzmann. Denn dem Gemeinderat sei neben dem Erhalt der Grünflächen im Siedlungsgebiet auch die soziale und kulturelle Funktion der Pflanzgärten ein Anliegen.

Nachrichten

Rega flog verletzte Männer ins Spital

Buus/Bubendorf. Die Schweizerische Rettungsflugwacht (Rega) musste am Sonntagnachmittag einen Mann, der in der Nacht zuvor in einem Haus die Treppe hinuntergefallen war, von Buus ins Spital fliegen. Gestern Montag wurde die Rega kurz nach 10 Uhr nach Bubendorf gerufen: Auf einer Baustelle im Gebiet Bärhalde war ein 49-jähriger Arbeiter aus rund vier Metern Höhe von einer Leiter auf den Betonboden gefallen. Er wurde ins Spital verbracht.

Defekte Fahrleitung stoppte SBB in Sissach

Sissach. Eine defekte Fahrleitung blockierte gestern Abend kurz nach 19.30 Uhr die Bahnlinie Olten–Basel zwischen Sissach und Lausen. Die Strecke war für den Bahnverkehr unterbrochen, die Reisenden mussten Zugausfälle, Verspätungen und Umleitungen in Kauf nehmen. Fernverkehrszüge wurden via Frick umgeleitet, S-Bahnen wendeten in Gelterkinden und Liestal. Die SBB setzten für den Nahverkehr Busse ein.

Zentrum für autistische Kleinkinder feiert

Muttenz. Das Fias-Therapiezentrum für Familien autistischer Kinder feiert sein Fünf-Jahr-Jubiläum. Die betroffenen Familien leben drei Wochen lang in dem Therapiehaus und werden intensiv betreut. Anlässlich des Jubiläums kann das Therapiezentrum an der Hauptstrasse 77a in Muttenz morgen um 15 Uhr besichtigt werden. Im Anschluss gibt es in der «Mittenza» Vorträge zum Thema.

Von Boris Gygax

Liestal/Basel. Die öffentliche Debatte um allfällige Kürzungen der Beiträge für Jugend und Sport (J+S) sorgte in der Wandelhalle im Bundeshaus für Gesprächsstoff. Dabei entspreche die Meinung der Parlamentarier nicht derjenigen, die durch die harte Kritik aus den Sportverbänden und Vereinen hätte vermutet werden können, sagt FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger: «Im Gegenteil.» Als Mitglied der Finanzkommission und Sportbegeisterte ist sie von zwei Seiten mit dem Thema konfrontiert. «Die Stimmung zu Jugend und Sport ist sehr positiv.» Dies gelte sowohl für ihre Fraktion wie auch für die Kollegen in der Kommission. Nach intensiven Gesprächen mit Ratskollegen kommt Schneeberger zum Schluss: «Aus meiner Sicht wäre die Ablehnung der nötigen zusätzlichen Mittel für J+S in der Sommersession eine Überraschung.»

Das Bundesamt für Sport benötigt für das Jahr 2015 zusätzliche Mittel von 10 bis 15 Millionen Franken, damit weiterhin gleich hohe J+S-Beiträge pro Kopf ausbezahlt werden können. Das Geld muss mit einem entsprechenden Nachtragskredit beantragt werden. Über diesen wird im Sommer entschieden. Schneeberger wird diesen unterstützen, wie sie bekräftigt.

Unklarheiten während der Budgetdebatte 2014 haben für reichlich Aufruhr gesorgt. Schuldzuweisungen im Nachhinein gegenüber der Verwaltung seien zu einfach und gleichzeitig ungerechtfertigt, findet Schneeberger. Wichtig sei, dass daraus kein Schaden entsteht – und dies sei ja bei diesem Anliegen nicht der Fall. In der Finanzkommission werde immer wieder der Spagat zwischen guter Finanzpolitik und sinnvoller Förderung diskutiert. «Alle Anträge müssen seriös und gut vorbereitet sein. Leider gibt es immer wieder Missverständnisse.»

In der Debatte über genügend J+S-Gelder kam es zu Unklarheiten, weil unterschiedliche Anträge und Einschätzungen zu widersprüchlichen Empfehlungen führten. «Letztlich blieb als Folge unklar, ob eine Erhöhung notwendig ist oder nicht», sagt Schneeberger.



Unklarheiten beseitigt. Nach der Budgetdebatte seien Schuldzuweisungen an die Verwaltung ungerechtfertigt, findet Daniela Schneeberger.